Energiegesetz des Kantons Aargau (EnergieG); Änderung; 1. Beratung

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 23. Oktober 2019	Prüfungsantrag der Kommission UBV vom 21. November 2019	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 10. Dezember 2019
	Energiegesetz des Kantons Aargau (EnergieG)			
	<i>Der Grosse Rat des Kantons Aargau beschliesst:</i>		<div data-bbox="1254 491 1890 663" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Ergebnis der 1. Beratung vom 10. Dezember 2019: Zustimmung zu zwei Prüfungsanträgen Im Übrigen Zustimmung zu den Anträgen des Regierungsrats</p> </div>	
	I.			
	Der Erlass SAR 773.200 (Energiegesetz des Kantons Aargau [EnergieG] vom 17. Januar 2012) (Stand 1. September 2012) wird wie folgt geändert:			<p>Prüfungsantrag: "Der Regierungsrat wird aufgefordert, bis zur zweiten Lesung aufzuzeigen, wie im Energiegesetz der Anspruch verankert werden kann, dass die Wasserkraftwerke sowie die Netze vollständig in öffentlicher Hand der Schweiz verbleiben müssen."</p>
<p>§ 28 Eigene Energieanlagen, Beteiligungen</p>				

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 23. Oktober 2019	Prüfungsantrag der Kommission UBV vom 21. November 2019	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 10. Dezember 2019
<p>¹ Kanton und Gemeinden können Energieanlagen selbst erstellen und betreiben, wenn der private Sektor die betreffenden Bedürfnisse nicht oder ungenügend deckt. Sie können sich an solchen Unternehmen beteiligen oder die erforderlichen Zusammenarbeitsverträge abschliessen.</p> <p>² Der Grosse Rat beschliesst die Errichtung eigener kantonaler Anlagen oder Unternehmen und regelt deren Organisation und Betrieb. Er entscheidet über die Beteiligungen des Kantons an Unternehmen der Energieversorgung und genehmigt die entsprechenden Vereinbarungen. Vorbehalt bleibt das Referendum gemäss Kantonsverfassung.</p> <p>³ Der Regierungsrat ist ermächtigt, Änderungen des Vertrags über die Gründung der Gesellschaft der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) ¹⁾ endgültig zuzustimmen, wenn diese folgende Gegenstände betreffen:</p>	<p>³ <i>Aufgehoben.</i></p>			<p>Zustimmung</p>

¹⁾ Seit 1. Januar 2010 Axpo AG mit Sitz in Baden

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 23. Oktober 2019	Prüfungsantrag der Kommission UBV vom 21. November 2019	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 10. Dezember 2019
<p>a) Änderungen der Vertragsparteien und der Beteiligungsverhältnisse,</p> <p>b) Zusammensetzung des Verwaltungsrats,</p> <p>c) Veräusserungsmöglichkeiten von Aktien,</p> <p>d) Verpflichtung zur Lieferung oder zum Bezug elektrischer Energie,</p> <p>e) Vorzugsrecht der Axpo AG zum Erwerb von Konzessionen.</p> <p>⁴ Die aufgrund dieses Gesetzes organisierten Unternehmen des Staats und der Gemeinden tragen mit ihrer Tätigkeit zur Erreichung der Ziele dieses Gesetzes bei.</p>				
<p>§ 29 Beteiligung des Kantons</p>				

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 23. Oktober 2019	Prüfungsantrag der Kommission UBV vom 21. November 2019	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 10. Dezember 2019
<p>¹ Der Regierungsrat kann die Verpflichtungen, die dem Kanton im Zusammenhang mit der Beschaffung von elektrischer Energie aus den vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Axpo AG erwachsen, ohne Anspruch auf Entschädigung durch den Kanton der AEW Energie AG übertragen.</p> <p>² Die Übertragung von Aktien an Dritte bedarf der Zustimmung des Grossen Rats. Umfasst ein solcher Beschluss die Übertragung von 50 % oder mehr der gesamten Aktien, untersteht er dem Referendum gemäss Kantonsverfassung.</p> <p>³ Beschlüsse des Grossen Rats über eine Fusion der AEW Energie AG mit anderen Gesellschaften oder über die Einbringung der AEW Energie AG in eine Holding-Gesellschaft unterstehen dem Referendum, wenn der Kanton an diesen Gesellschaften mit weniger als 50 % beteiligt ist.</p>	<p>¹ <i>Aufgehoben.</i></p>			<p>Zustimmung</p>

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 23. Oktober 2019	Prüfungsantrag der Kommission UBV vom 21. November 2019	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 10. Dezember 2019
<p>§ 30 Wahrnehmung der Aktionärsrechte</p> <p>¹ Der Regierungsrat übt alle dem Kanton zustehenden Aktionärsrechte aus.</p> <p>² Für Statutenänderungen, die das Stimmrecht des Kantons verkleinern, holt der Regierungsrat die Zustimmung des Grossen Rats ein.</p>	<p>^{1bis} Er ist berechtigt, mit den Aktionärinnen und Aktionären Aktionärbindungsverträge einzugehen und mit ihnen in einer Eignerstrategie Vorgaben für die strategische Führung des Unternehmens zu formulieren.</p>	<p><u>Prüfungsantrag</u> Auf die zweite Lesung ist aufzuzeigen, wie § 30 geändert werden muss, damit der Grosse Rat für den Kanton Aargau abschliessend über den Aktionärbindungsvertrag, die Eignerstrategie sowie Statutenänderungen der Axpo Holding AG beschliessen kann.</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Zustimmung zum Prüfungsantrag</p> <p>Zustimmung</p>

Geltendes Recht	Entwurf des Regierungsrats vom 23. Oktober 2019	Prüfungsantrag der Kommission UBV vom 21. November 2019	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom 10. Dezember 2019
	II.			
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>			
	III.			
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>			
	IV.			
	Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung unter Ziff. I.			
	Aarau, Präsidentin des Grossen Rats Protokollführerin			